

Die Migration von Afrika nach Spanien

Rafael Lara

In den Monaten Mai und Juni ist die Zahl von Immigranten, die aus Schwarzafrika in Spanien ankamen, weiter angestiegen. In seinem dokumentarischen Teil bringt dieses Heft von CONCILIUM einen analytischen Beitrag über die Tragödie der heimlichen Einwanderung und den Afrika-Plan der spanischen Regierung. Stand: 1. Juli 2007.

Der Afrika-Plan, der Gipfel von Rabat und die „Krise“ der Migration

Das Drama der Migration spitzt sich zu. Annähernd 3000 Personen sind in den letzten sieben Monaten auf der Route zwischen Afrika und den Kanarischen Inseln ums Leben gekommen. Auf erschreckende Weise hat sich die Zahl der Opfer der heimlichen Einwanderung vervielfacht.

Es handelt sich hier nicht um etwas, das rein zufällig so eintrat. Die Situation ist im Augenblick das Ergebnis der Einwanderungspolitik der jetzigen Regierung Spaniens: Kontrolle und Schließung der Grenzen, Ausländergesetze, die die Einwanderung in der Praxis behindern, Externalisierung (Abweisung an den Grenzen) und die Verknüpfung mit Fragen der Sicherheit.

Auf unerbittliche Weise haben sich die Schauplätze des Dramas immer mehr verlagert, ebenso ist es immer schwieriger geworden, die Grenzkontrollen zu umgehen: von Cádiz nach Granada und Almería, dann nach Ceuta, Melilla und Marruecos. Danach von der Sahara, Mauretanien und nun vom Senegal aus.

Die Wegstrecken sind jetzt viel weiter (1500 Kilometer von Mauretanien, die doppelte Entfernung vom Senegal) und gefährlicher geworden, aber mit zunehmender Transportkapazität der Schiffe (Holzboote) und nachlassenden mafiosen Machenschaften haben sie sich auch verbilligt.

Auf das Anwachsen der Migrationsströme reagierte die Regierung mit einem noch schärferem Anziehen der Schrauben in der gleichen Richtung wie in den letzten Jahren: schärfere Kontrollen und Schließung von mehr Grenzübergängen, Ergreifen von im Grunde polizeilichen Maßnahmen, den Einsatz des Heeres inbegriffen, Externalisierung und Druck auf die Herkunfts- oder Transitländer der Emigration.

Die Zahlen der Tragödie

Die Migration
von Afrika
nach Spanien

Es erweist sich als unmöglich, zahlenmäßig die Größe des Dramas zu erfassen, das seit sechs Monaten die afrikanischen Küsten auf den Migrationsrouten zu den Kanarischen Inseln heimsucht.

Nach Regierungsangaben sind in den ersten fünf Monaten 2006 rund 8000 Personen in Holz- und Fischerbooten (*cayucos*) auf den Kanarischen Inseln gelandet und haben so die Zahl der im gesamten Jahr 2005 aufgegriffenen Personen bereits verdoppelt. Zugleich stellt es sich als sehr schwierig heraus, auch nur annähernd in Erfahrung zu bringen, wie viele Menschen ihr Leben verloren haben bei dem Versuch, von den afrikanischen Küsten der Sahara, Mauretaniens oder nun vom Senegal aus zu emigrieren.

Am 20. März hat die Regierung zugegeben, dass ihr der Nationale Geheimdienst (*Centro Nacional de Inteligencia* - CNI) von einem Massensterben von etwa 1200 bis 1700 Immigranten in den Monaten November und Dezember 2005 berichtet hatte. Die Zahl war von der *Guardia Civil* seit Dezember gehandelt worden und galt nach dem Verteidigungsministerium (das für den Geheimdienst verantwortlich ist) als geheim und vertraulich. Der *Rote Halbmond* von Mauretanien war bereits von dieser Zahl ausgegangen, als er Anfang März darüber informierte, dass in den sechs Monaten davor zwischen 1200 und 1300 Immigranten bei dem Versuch umgekommen seien, von Afrika aus die kanarischen Küsten zu erreichen. Im Mai bestätigte das Rote Kreuz, dass, auf das Jahr hochgerechnet, der Atlantik, der die westafrikanische Küste von den Kanaren trennt, an die 1500 Menschen aus den Gebieten südlich der Sahara unter seinen Wassern begraben hat.

Nach Erkenntnissen der *Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía* (APDHA) wird man zu den etwa 1200 bis 1700 Personen, die zwischen November und Dezember 2005 nach Angaben des CNI ihr Leben verloren haben, mindestens weitere 1500 Personen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2006 hinzurechnen müssen. Das erhöht die Gesamtzahl von Personen, die in den letzten sieben Monaten auf der Route zu den Kanaren ihr Leben einbüßten, auf annähernd 3000. Wir sprechen hier von einer beispiellosen humanitären Katastrophe.

Der Autor

Rafael Lara ist Vorsitzender des andalusischen Menschenrechtsverbandes APDHA (*Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía*), einer Nichtregierungsorganisation auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der UNO 1948 proklamiert wurde. Homepage: www.apdha.org. Anschrift: c/o APDHA, Calle Blanco White n° 5, 41018 Sevilla, Spanien. E-Mail: andalucia@apdha.org.

Der Afrika-Plan dient nicht afrikanischem, sondern europäischem Interesse

Der Afrika-Plan wurde von der Regierung als Neuorientierung der Prioritäten in der Außenpolitik verkauft, mit dem Ziel, einen neuen, tieferen und globaleren Rahmen in den Beziehungen mit den Ländern südlich der Sahara herzustellen.

Der Plan bringt zwar einige positive Maßnahmen, da man anfängt, die Bedürfnisse des gesamten afrikanischen Kontinents zu begreifen. In Wahrheit jedoch handelt es sich um einen Plan, der vor allem die Absicht verfolgt, die Probleme Europas mit den Migrationsbewegungen loszuwerden. Sein spezielles Ziel ist es, diese zu kontrollieren und die Migranten zurückzuweisen.

Tatsächlich bleiben die Ziele der Festigung der Demokratie, der Sicherung des Friedens oder der Förderung der Menschenrechte einfache, vage Absichtserklärungen. Demgegenüber werden sicherheitsrelevante Fragen oder solche, die mit dem Kampf gegen den Terrorismus zusammenhängen, sehr viel konkreter behandelt.

Was die Kooperation angeht, so ist diese mit der Globalität des Planes verknüpft, das heißt mit der Migrationskontrolle seitens der Herkunftsländer. Der Kampf gegen die Armut, den man angeblich führen will, wird von Maßnahmen begleitet, die von dem, was die Schwere der afrikanischen Situation wirklich erfordert, weit entfernt sind. So sind zum Beispiel für das Jahr 2006 ganze 400 Millionen Euro eingeplant, was ein Tropfen auf den heißen Stein ist und etwa den Kosten des Baus einer Brücke in der Bucht von Cádiz entspricht. Viele der aufgezählten Hilfen sind für multilaterale Organisationen bestimmt (die auf Weltebene arbeiten und nicht spezifisch afrikanisch sind, wie zum Beispiel der *Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria*, die *Iniciativa Via Rápida* - Bildung für alle, der *Nothilfe-Fonds* der UNO), und sie waren im Haushaltsplan bereits enthalten.

Und - wie könnte es anders sein - die Hilfen werden so dargestellt, als gehe es dabei um Probleme, die etwas mit der Entwicklung Afrikas zu tun hätten. Das trifft jedoch nur relativ gesehen zu, denn in Wirklichkeit handelt es sich um die Unterstützung des spanischen Fischfangs oder um die Sicherheit der Energieversorgung des Landes, indem sie die Beteiligung an den „Möglichkeiten“ des Kohlenwasserstoffsektors (*sic* und ohne Kommentar) fördern.

Andererseits sind die im Afrika-Plan vorgeschlagenen Maßnahmen, die am konkretesten sind, größtenteils dafür bestimmt, die Migration stärker zu kontrollieren und die afrikanischen Länder zu verpflichten, ihre Auswanderung in den Griff zu bekommen. Man braucht dazu nur die Liste der erklärten Ziele anzuführen:

- a) Aufstockung der Attachés für Inneres in den Botschaften und Konsulaten bestimmter Länder,
- b) Kontrollmaßnahmen an unseren Grenzen,
- c) Mechanismen der Informationsbeschaffung über die Routen und die benutzten Mittel durch die Netze des Geheimdienstes (CNI),

- d) Beschleunigung von Verfahren einer unmittelbaren Rückführung irregulärer Immigranten in die Heimatländer,
- e) Vervollständigen des Netzwerkes von Kooperationsverträgen über Migration und Wiederaufnahme,
- f) Einbeziehung von multilateralen Organisationen und Institutionen Afrikas wie der Europäischen Union in die Anstrengungen des Kampfes gegen die illegale Zuwanderung.

Um gerecht zu sein: Der Plan enthält unter Punkt b) auch einen kleinen Nachtrag: *Maßnahmen einzuleiten, die auf die Integration der Einwandererkollektive gerichtet sind.* Ein sehr wenig konkretes Postskriptum, das zu Wenigem verpflichtet und das Ganze schönen soll, ohne etwas zu erreichen.

Die Euro-Afrikanische Konferenz von Rabat vom 10. Juli

Die Orientierung an polizeilichen und repressiven Maßnahmen ist außerdem durch den in Dakar am 7. Juni vorgelegten Aktionsplan auf Vorschlag Spaniens, Frankreichs und Marokko weiter verschärft worden. Dieser Plan wird mit großer Sicherheit auf der Euro-Afrikanischen Konferenz, die demnächst am 10. Juli in Rabat stattfinden wird, gebilligt werden.

Die genannte Konferenz verfolgt exakt das Ziel der Kontrolle der Migrationsströme. Obwohl der angesprochene Plan sich von der Intention leiten lässt, die Entwicklung der Herkunfts- und Transitländer anzukurbeln, und obgleich einige Maßnahmen gefördert werden, die im Prinzip einen positiven Eindruck machen (zum Beispiel, dass die Geldüberweisungen billiger werden), so steht doch fest: Diese positiven Maßnahmen werden, wie Professor Mehdi Lalou festgestellt hat, weder konkretisiert noch im Staatshaushalt ausgewiesen, weshalb an ihrer Umsetzung Zweifel angebracht sind.

Grundlegend für den Plan ist jedoch sein abschreckend-repressiver Charakter gegenüber der Immigration, wie alle Medien (*El País, Le Monde*) mit Informationsbeiträgen über Abschreckung, die Kooperation von Polizei und Justiz und insbesondere die Unterzeichnung von Rückführungsverträgen zwischen afrikanischen Ländern und der Europäischen Union erkennen ließen.

Argelia hat die Konferenz einer scharfen Kritik unterzogen und forderte, dass der eigentlich zuständige Gesprächspartner die Afrikanische Union sein müsse und nicht eine Auswahl von Ländern im Dienst europäischer Strategien. Deshalb wird diese an der Konferenz nicht teilnehmen.

Kurz gesagt, mit dieser wichtigen Offensive kommt die spanische Regierung mit Rückendeckung der Europäischen Union und ganz besonders von Frankreich immer wieder auf das gleiche zurück: zu verhindern, egal wie, dass Migranten in unser Land kommen, die zurückzuschicken, denen die Überfahrt gelang, und vor allem Druck auf die ärmsten Länder Afrikas auszuüben, damit „sie die Auswanderung ihrer Bürger unterbinden“. Auf diese Weise fordern sie diese Länder zu

einer offensichtlichen Verletzung der Charta der Menschenrechte auf. Oder sagt die *Allgemeine Erklärung* in Artikel 13 etwa nicht: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren“?

Aus dem Spanischen übersetzt von Franz Schmalz

Migration auf dem amerikanischen Kontinent und aus der Karibik

Alberto López Pulido

Die ständigen Wanderungsbewegungen von Menschen zwischen den Gebieten Latein- und Mittelamerikas, Mexikos und der Karibik einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits führen uns in der Geschichte des amerikanischen Kontinents eine wesentliche Ausdrucksform menschlicher Existenz vor Augen. Zwischen 1990 und 2000 sind die Zahlen von Immigranten aus diesen Ländern in die Vereinigten Staaten signifikant angestiegen, wobei die meisten mit eindrucksvollen 130 Prozent aus Mexiko kamen. Laut verschiedenen Untersuchungen haben über die Hälfte der Haushalte im Staat Zacatas, Mexiko, tatsächlich persönliche Beziehungen zu jemandem in den Vereinigten Staaten. Die Einwanderung aus Lateinamerika hat um 86 Prozent zugenommen, die aus Mittelamerika um 79 und aus der Karibik um 52 Prozent.

Noch bevor die Europäer mit dem amerikanischen Kontinent in Berührung kamen, gab es unter den indigenen Gruppen eine Geschichte von Wanderungsbewegungen mit dem Ziel, ihre Kultur und ihre Traditionen zu bewahren und weiterzugeben. Der zeitgenössische mexikanische Schriftsteller Miguel Méndez hat das in seinem Roman *Peregrinos de Aztlán* ganz wunderbar eingefangen. Er beschreibt diese Wanderungen als eine zyklische Pilgerschaft, auf der die Pilger, vom Geist der alten Götter gesalbt, in ihre ursprüngliche Heimat geführt werden, die heute in den Wüsten der Vereinigten Staaten liegt. Er schildert sie als stolze Rasse von Nomaden mit ihren in Jahrhunderten langer Pilgerfahrt wundgelaufenen Füßen – ein Symbol für marginalisierte und unterdrückte Einwanderer, die aufgrund ihrer historischen Bindungen an bestimmte Länder Bürgerrecht und Gerechtigkeit erlangen.